



## Die Schoggiseite der Wirtschaft entdeckt

Muttener Gymnasiasten und Gymnasiastinnen versuchen erfolgreich, mit Pralines, die sie verkaufen, im Wirtschaftsleben Fuss zu fassen. **Seite 12**

## In die Kritik geratene Pfarrerin hat gekündigt

Pfarrerin Jutta Schenk verlässt die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Thierstein – kurz vor dem Entscheid zum Umbau des Kirchgemeindehauses. **Seite 15**



## «Ich war mit Leidenschaft dabei»

Elsbeth Schneider schaut auf 13 intensive, aber auch spannende und schöne Jahre als Regierungsrätin zurück. **bz am Samstag**

# Lehrer legen sich mit Elternlobby an

**Lehrerverein** Den Kampf gegen Initiative für «Bildungsvielfalt» aufgenommen

**Der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland rüstet sich bereits für den Abstimmungskampf, um die Initiative für eine «Bildungsvielfalt» zu Fall zu bringen. Ein gespannt wird auch Regierungsrat Urs Wüthrich.**

BEA ASPER

Die Geschäftsleitung des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland (LVB) kämpft bereits jetzt an allen Fronten gegen die Initiative «Bildungsvielfalt», über die das Baselbiet voraussichtlich am 1. Juni des kommenden Jahres abstimmen wird. Myrtha Michot von der LVB-Geschäftsleitung verbreitete etwa die Behauptung, dass die Bildungsdirektion des Kantons Baselland mit Regierungsrat Urs Wüthrich an der Spitze die Schulleitungen und Schulräte zur Kommunikation informieren wird, «mit der Erwartung, sich klar zu positionieren», wie es in einem Beitrag des LVB-Informationsschäfts steht.

Martin Leuenberger, Generalsekretär in der Bildungsdirektion schwächt ab. «Selbstverständlich darf jeder Lehrer seine eigene Meinung zur Initiative haben. Die Bildungsdirektion will mit der geplanten Informationsschrift lediglich darauf aufmerksam machen, dass schulische, respektive staatliche Mittel nicht für den Abstimmungskampf verwendet werden dürfen. Aus dem Privatvermögen und in seiner Freizeit darf jeder Lehrer die Initiative unterstützen oder bekämpfen, wie er will.»

Auch stimme Michots Behauptung nicht, dass der Bildungsdirektor «für Teilnahmen an sonstigen von den Initianten organisierten Anlässen nicht zur Verfügung steht», stellt Leuenberger klar (siehe auch Interview unten). Gemeint sei, dass Urs Wüthrich nicht

an Podien teilnehmen wird, solange der Gesamtregierungsrat sich zur Initiative nicht geäußert hat. «Es geht hier um die Einhaltung des Kollegialitätsprinzips», so Leuenberger.

Weiter wurde seitens des LVB gestichelt, dass die Schüler von Privatschulen bei einem länderübergreifenden Mathetest nicht mitgemacht hätten – «warum wohl nicht?», wird provozierend gefragt. Pia Amacher, die Präsidentin der Elternlobby Schweiz und vorderste Kämpferin für die «Bildungsvielfalt», die staatliche Gelder an privater Schulen anstrebt, kontert: «Solche Äusserungen haben nichts mit fairem Abstimmungskampf zu tun.»

### Über frühen Kampf erstaunt

Dass die Vertreter der Lehrerverbände jetzt schon Abstimmungskampf betreiben, erstaune sie sowieso. «Die Geschäftsleitung des Lehrervereins wie auch der Präsident der Amtlichen Kantonalkonferenz der Lehrer und Lehrerinnen haben mir gegenüber betont, dass sie derzeit nicht über die Initiative diskutieren wollen und vertrösteten auf den Herbst.» Dabei ging es Amacher nicht nur um die gemeinsame Durchführung eines Pro- und Contra-Anlasses, sondern vor allem um Meinungsaustausch und Informationsforen. «Zum Beispiel, wie man die Dorfschulen retten kann.»

Die Elternlobby werde im September den Regionen, denen die Schliessung kleinerer Schulen droht, aufzeigen, dass die Initiative «Bildungsvielfalt» gerade kleinere Schulen fördern will. «Grosse Schulzentren sind vielleicht den Finanzen, nicht aber der Bildung förderlich», sagt Amacher. Zu den Kosten im Bildungswesen hat sie klare Vorstellungen. «Hier darf nicht gespart werden.» Und es sei nur fair, wenn alle Schulen dieselbe Kind-Pau-



**WIRBEL** Bereits ein Jahr vor dem möglichen Abstimmungstermin sorgt die Bildungsvielfaltsinitiative auf beiden Seiten für grosse Aufregung. ARCHIV PATRICK MOSER

schale erhalten. «Der Kanton hat genug gespart bei den 1800 Kindern, die Privatschulen besuchen.» Wie hoch die Pauschalen sein müssten, sei eine Frage der Gesetzesformulierung.

### Heute diskutiert der Bildungsrat

«Überhaupt ist es so, dass die Detailfragen nicht von der Initiative vorgegeben sind, sondern politisch festgelegt werden können», sagt die Reinacherin Pia Amacher. Gemäss

dem Bundesamt für Statistik variieren die Bildungskosten pro Kind und Jahr zwischen 6500 Franken für den Kindergarten, 11 500 Franken für die Primarschule und zwischen 15 000 und 20 000 Franken für die Sekundarstufe I und II. Dem Thema «Initiative Bildungsvielfalt» wird sich voraussichtlich heute auch der Bildungsrat annehmen, nachdem er an seiner letzten Sitzung die verschiedenen Meinungen eingeholt hat.

# «Intensive Diskussion beurteile ich positiv»

**Bildungsvielfalt** Bildungsdirektor Urs Wüthrich äusserst sich erst, wenn die Regierung ihre Haltung festgelegt hat

JÜRIG GOHL

**Regierungsrat Urs Wüthrich wird von «Bildungsvielfalt»-Initianten indirekt kritisiert, er würde bereits jetzt mit den Gegnern der Initiative zusammenspannen. Wüthrich ist damit nicht einverstanden.**

*Die Elternlobby fragt, weshalb die BKSD eine Informationsschrift an Gegner der Initiative liefert. Was entgegnet Sie ihr?*

**Urs Wüthrich:** Die Lehrerinnen- und Lehrerverein (VBL) und die Gewerkschaft VPOD sind unabhängige Organisationen zur Interessenvertretung der Lehrerinnen und Lehrer. Richtigerweise habe ich diesen Organisationen gegenüber keinerlei Weisungsbefugnis und beabsichtige auch in keiner Weise, Instruktionen an diese Organisationen abzugeben. Gleichzeitig ist es mir aber ein Anliegen, dass sich Schulräte, Schulleitungen und die Amtliche Kantonalkonferenz der Lehrpersonen in den Auseinandersetzungen um die Initiative formell und politisch korrekt verhalten. Ich habe deshalb ein Schreiben in Aussicht gestellt, in welchem ich den Handlungsspielraum aufzeige und insbesondere aber klarstelle, dass der Einsatz von öffentlichen Mitteln in die Abstimmungskampagne auf keinen Fall zulässig ist. Das öffentlich zugängliche Zahlenmaterial unserer Direktion steht selbstverständlich allen Interessierten zur Verfügung.

*Ist der LVB mit seinem Bericht über das Treffen mit Ihrer Direktion vorgeprellt?*

**Wüthrich:** Voraussetzung für eine funktionierende Sozialpartnerschaft ist eine solide Vertrauensbasis. Gleichzeitig liegt es aber in der Verantwortung der Gewerkschaften, wie sie ihre Mitglieder orientieren. Aus meinem langjährigen Engagement als VPOD-Zentralsekretär weiss ich, dass Transparenz eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Interessenvertretung ist.

*Weshalb werden Sie bereits aktiv, noch ehe der Gesamtregierungsrat Stellung zur Bildungsvielfalts-Initiative bezogen hat?*

**Wüthrich:** Obwohl ich immer wieder mit der Erwartung konfrontiert werde, mich gegen die Initiative auch öffentlich zu positionieren, kommt für mich eine Stellungnahme erst nach dem Entscheid des Regierungsrats in Frage. Es ist mir ein Anliegen, möglichst rasch Klarheit zu schaffen. Deshalb unterbreite ich dem Regierungsrat meinen Antrag auf einen Grundsatzentscheid, noch bevor die Landratsvorlage im Detail ausgearbeitet ist.

*Gemäss dem Beitrag im neusten Heft des LVB planen Sie, an keiner Informationsveranstaltung teilzunehmen, die von den Initianten organisiert werden. Weshalb wollen Sie sich verschliessen?*

**Wüthrich:** Bevor die Haltung der Regierung nicht offiziell geklärt ist, nehme ich

nicht an öffentlichen Diskussionsanlässen zur Initiative teil. Dies wäre ein Affront gegenüber meinen Regierungskolleginnen und -kollegen. Im Rahmen der Anhörung der Initiantinnen und Initianten im Bildungsrat habe ich mich selbstverständlich der Diskussion gestellt.

*Gemäss LVB wird die Abstimmung über die Bildungsvielfaltsinitiative voraussichtlich am 1. Juni 2008 stattfinden. Ein Gegenvorschlag zur Initiative sei nicht vorgesehen. Stimmt das?*

**Wüthrich:** Das Abstimmungsdatum ist noch nicht festgelegt, und es gibt noch keinen Regierungsbeschluss zur Frage «Gegenvorschlag».

*Es ist erstaunlich, welchen Wirbel die Initiative bereits auslöst. Welche Bedeutung messen Sie ihr persönlich bei im Vergleich zu anderen Initiativen im Bildungsbereich?*

**Wüthrich:** Die intensive öffentliche Diskussion beurteile ich ausdrücklich positiv. Ich freue mich über das grosse Engagement, mit dem Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften und eine breite Öffentlichkeit für die Qualität unserer Schulen Stellung beziehen. Die Heftigkeit der Auseinandersetzung ist zweifellos begründet, wenn wir uns vor Augen führen, dass es nicht um irgendwelche strukturelle Veränderungen, nicht um Teilaspekte des Bildungsangebots, sondern um eine grundlegende Abkehr vom heutigen Bildungssystem geht.



**GEDULD** Bildungsdirektor Urs Wüthrich wartet mit öffentlichen Stellungnahmen zur Abstimmung bewusst noch zu. NZ

## Nachrichten

### Disziplin an den Schulen

Die Baselbieter Regierung hat ihre Vorlage für Disziplinar-massnahmen an Schulen an den Landrat weitergeleitet. Sie will nach wie vor einen Schulausschluss von bis zu acht Wochen ermöglichen und Beschwerden die aufschiebende Wirkung entziehen. Die Vorlage hatte in einer breiten Vernehmlassung gemäss Regierungsmittteilung grösstenteils sehr positive Reaktionen ausgelöst. Die Lehrpersonen sollen zudem einen Handweiser zum Umgang mit schwierigen Schülern erhalten. (BZ)

### Regierung Liestal zahlt an «Pro Wisenberg»

Die Baselbieter Regierung hat gestern beschlossen, das Komitee «Pro Wisenberg» für die Jahre 2007/08 mit 36 000 Franken jährlich zu unterstützen. Dies vor dem Hintergrund «erkannter Defizite, wenn es um die Vertretung kantonaler Interessen bei der Verkehrspolitik geht». «Für die Verwaltung ist es kaum möglich, Lobbyarbeit im nötigen Umfang und mit der nötigen Nachhaltigkeit zu betreiben», erklärt der kantonale ÖV-Bauftragte Markus Meisinger. Bisher sei Baselland der einzige Kanton, der das Komitee finanziell unterstützt. Meisinger: «Weitere sind herzlich eingeladen.» Ab dem 1. Juli wird der neue Bau- und Umweltschutzdirektor, Jörg Krähnenbühl, dem Komitee-Co-Präsidium angehören. Das Komitee «Pro Wisenberg» betreibt ein mit dem Kanton abgestimmtes Lobbying, damit der Wisenbergtunnel eine Realisierungschance hat. (DB)

### Therwil Brand führte zu Rauchvergiftung

Bei einem Brand in einem Einfamilienhaus in Therwil ist am Montagabend vor zehn Uhr ein Mann verletzt worden. Der 54-Jährige wurde mit Verdacht auf Rauchvergiftung ins Spital gebracht. Der Brand dürfte eine technische Ursache haben: Er brach in einem Trafo der Türklingel beim Hauseingang aus und griff auf die Garderobe über. Dies führte zu starkem Rauch, der auch den schlafenden Mann weckte. Er konnte das Feuer selber löschen und rief die Feuerwehr. Diese blies den Rauch aus dem Haus. (SDA)

### Füllinsdorf Velofahrerin bei Kollision verletzt

Ein Personenwagen ist gestern in Füllinsdorf frontal mit einem Velo zusammengestoßen. Die 58-jährige Velofahrerin erlitt dabei Verletzungen und musste von der Sanität ins Spital gebracht werden. Zum Zusammenstoß kam es, als der 48-jährige Lenker des Personenwagens auf der Ergolzstrasse parkierten Autos ausweichen wollte. Er fuhr dabei ganz links, während ihm aber die Velofahrerin entgegenkam, wie die Baselbieter Polizei mitteilte. (SDA)